



## Niederschrift

59. Plenarsitzung des Gemeinderates  
19. Dezember 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

**Punkt 26 der Tagesordnung: Bessere Arbeitsbedingungen für Prostituierte auf dem Straßenstrich**

**Änderungsantrag: KAL/Die PARTEI**

**Vorlage: 2022/0799/1**

### **Beschluss:**

Mehrheitliche Ablehnung

### **Abstimmungsergebnis:**

Ziffer 1 a): Mehrheitliche Ablehnung (4 JA, 35 Nein)

Ziffer 1 b): erledigt, keine Abstimmung

Ziffer 1 c): Mehrheitliche Ablehnung (4 Ja, 33 Nein)

Ziffer 1 d): Mehrheitliche Ablehnung (4 JA, 35 Nein)

Ziffer 2: Zusage, keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 26 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 5. Dezember 2023.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Wir haben diesen Antrag gestellt, weil die Beratungsstelle Luise, die sich insbesondere mit der Situation der Straßenprostituierten beschäftigt, die auch an jede Fraktion ihren Bericht geschickt hat, in dem verdeutlicht wurde, dass die betroffenen Frauen, die auf den Straßenstrich gehen, Wünsche haben, und die haben wir in einen Antrag gegossen sozusagen. Wir haben darüber hinaus den Antrag aufgeteilt, dass diese Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz neu institutionalisiert wird. Diesen Teil des Antrages würden wir für heute als erledigt ansehen. Diese Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz hat angekündigt in ihrer letzten Sitzung, dass es einen Bericht der Fachgruppe Anfang nächsten Jahres im Frühjahr geben wird. Das möchten wir entweder auch abstimmen lassen oder als Zusage vielleicht von Ihnen bekommen, von der Bürgermeisterbank, dass dieser Bericht der Fachgruppe mit Vertretern aus der Fachgruppe im

Sozialausschuss vorgestellt wird, dass wir dort auch nochmal als politisches Gremium die Möglichkeit haben, darüber zu sprechen.

Den Punkt 1 unseres Antrages möchten wir einzeln abgestimmt haben. Der ist aufgeteilt nach a), b), c) und d). Wir sehen den Punkt b) für uns heute für erledigt und möchten beantragen, Herr Oberbürgermeister, dass über a), über c) und über d) des Antrages getrennt abgestimmt wird.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Eine Vorbemerkung: selbstbestimmte freiwillige Sexarbeit sollten wir weder stigmatisieren noch verurteilen, doch leider passiert genau das. Prostitution sei per se menschenverachtend, Prostitution sei per se frauenverachtend. Diese Worte fallen im Vorfeld zu Debatten wie der heutigen. Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hier selbstbestimmte Menschen zu bevormunden und in einen Topf zu werfen mit Opfern von Gewalt, mit Opfern von Zwang und Misshandlungen, in einen Topf zu werfen mit Opfern von Menschenhandel, damit schützen wir weder die Opfer dieser grausamen Straftaten, noch tragen wir zur Entstigmatisierung bei. Im Gegenteil, solche Worte tragen dazu bei, dass Sexarbeit weiter stigmatisiert wird und weiter in die Schmutzdecke geschoben wird. Da sollten wir sie herausholen. Deshalb sollten die Orte, an denen Sexarbeiter\*innen tätig sind, auch keine Schandflecken für Karlsruhe sein. Darin sind wir uns mit den Antragsteller\*innen einig. Das sollten wir auch, und da arbeitet die Fachgruppe Prostituierten-Schutzgesetz weiter dran.

Die Mülleimersituation wurde schon verbessert. Die Einrichtung eines öffentlichen WCs sollte die Fachgruppe aus unserer Sicht jedenfalls weiterverfolgen. Und auch einig sind wir uns, dass es uns um den Schutz der Frauen geht, um den Schutz der Menschen, die der Sexarbeit nachgehen. Nach allem, was ich aus der Szene höre, ist die Tätigkeit in einem Bordell tatsächlich besser aufgehoben. Die Sexarbeiter\*innen und die Betreiber\*innen schauen aufeinander. Trotzdem gibt es auch in Karlsruhe ein paar Sexarbeiter\*innen, die lieber auf der Straße arbeiten, und das an verschiedenen Stellen hier in der Stadt. Eine zentrale Stelle für ein Café oder beispielsweise einen Baucontainer mit einem Kaffeeautomaten gibt es nicht. Unsere kommunale Aufgabe ist es, für Sicherheit zu sorgen.

Dank des Antrags haben wir heute auch einige Zahlen öffentlich vorliegen. Zu den Zahlen und Daten wird es auch noch einen umfassenderen Bericht geben, auch für die Öffentlichkeit, so haben wir das zumindest in der Vorberatung verstanden, und auch das begrüßen wir. Es geht also sicher zu auf unseren Straßen und auch in den Abschnitten, wo Sexarbeiter\*innen sich anbieten. Danke an dieser Stelle an die Mitglieder der Fachgruppe, wie beispielsweise der Kripo und auch danke an die Beratungsstellen, die mit Streetworker\*innen hier hervorragende Arbeit leisten. Wichtig ist, dass die Menschen medizinische Versorgung erhalten. Da sollten wir auf allen Ebenen immer wieder Werbung dafür machen, Stichwort anonymer Krankenschein, also auch Behandlungsscheine für Menschen ohne Versicherung einführen.

Und doch sprechen wir uns gegen ein weiteres Gremium aus. Finanzielle Mittel für Träger, die hier beispielsweise einen Baucontainer aufstellen wollen, können sich an uns wenden im Zuge der Haushaltsberatungen. Alles in allem werden wir heute den Antrag samt Ergänzungen ablehnen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Wir haben durchaus nachvollziehen können, was die Antragsteller bewogen hat zu dem Antrag. Was dort inhaltlich aufgeführt hat, ist sicherlich auch nicht von der Hand zu weisen. Allerdings möchten wir darauf aufmerksam machen, dass mehrere Teile eigentlich des Antrags obsolet sind. Zum Beispiel 1a, es gibt ein Beratungsangebot. Luise macht gerade, dass sie berät. Und die Mitarbeiterinnen von Luise, die Streetworkerinnen, fahren auch raus, gerade dort, wo die Straßenprostitution stattfindet, mit ihrem Bus. Sie bringen den Damen auch Hygieneartikel, und sie bringen ihnen auch Kaffee und andere Möglichkeiten und vor allem Raum, wo sie geschützt sich auch öffnen können oder einfach sozial irgendwie aufgefangen werden. Also wir haben bereits diese niederschwelligen Angebote. Es ist auch ganz wichtig, dass die niederschwellig bleiben. Denn gerade Frauen, die in der Prostitution arbeiten, die womöglich noch Kinder haben, genieren sich auch in einer gewissen Weise, dann in eine öffentliche Stelle, in ein Amt zu gehen, auch vor der Sorge vor Stigmatisierung. Insofern ist es ganz wichtig, dass diese niederschwelligen Angebote aufrechterhalten werden und wir nicht zu viel, glaube ich, nochmal von außen einwirken mit Kontrolle und hier ein Gremium und da noch eine Fachstelle. Wie gesagt, wir haben gute Fachstellen in Karlsruhe, die als Anlaufmöglichkeit da sind, auch den Frauen helfen, die aus der Prostitution aussteigen möchten.

Was die Situation Mülleimer und so weiter und Sauberkeit anging, das haben wir in der Fachgruppe ausführlich besprochen. Wie gesagt, da sind Maßnahmen auf dem Weg. Wir meinen auch für unsere Fraktion, dass die Fachgruppe eigentlich das richtige und einzige Gremium ist, das wir in dieser professionellen Form, wie es geführt wird, weiterführen sollten und keine weiteren zusätzlichen schaffen, denn dort sind die Akteure, die sich mit dem Thema fachlich bestens auskennen. Betroffene Verbände, Fachstellen, Sozialarbeiterinnen, die Kripo, die Stadtverwaltung und auch wir Gemeinderäte haben Möglichkeit daran teilzunehmen, und wir nehmen ja auch regelmäßig daran teil. Insofern meinen wir, bedarf es keiner Grundlage für den Antrag und würden ihn daher ablehnen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Als SPD-Gemeinderatsfraktion haben wir eine ganz klare Haltung zum Thema Prostitution. Die ist grundsätzlich komplett gegensätzlich zu der der GRÜNEN-Fraktion, die jetzt schon geäußert wurde. Unser Ansinnen ist es, Prostitution einzudämmen. Wir wollen Menschen aus der Prostitution helfen. Deswegen unterstützen wir wirksame Aufstiegskonzepte. Wir unterstützen Maßnahmen gegen, aber sicher nicht für Sexkauf.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, da wir aufgrund des Antrags auch über das Thema sprechen, der Fachgruppe Prostitutionsschutzgesetz und allen, die dort aktiv sind, ganz herzlich danken für die Arbeit, die dort geleistet wird, für den Schutz der Prostituierten, die tatsächlich die Ärmsten sind und die ganz massiv auf Hilfe angewiesen sind und deswegen ein herzliches Dankeschön an alle, die sich sehr stark engagieren. Auch wir konnten teilnehmen.

Herr Lüppo Cramer hat den Wunsch geäußert, dieses Thema des Lageberichts, der uns angekündigt wurde, im Sozialausschuss zu thematisieren. Da spricht doch überhaupt nichts dagegen. Es muss auch kein Gemeinderat beschließen, sondern normalerweise können wir Wünsche äußern, um die Tagesordnung zu ergänzen. Ich fände es hervorragend, wenn wir das machen, weil ich glaube, aus diesem Lagebericht können wir tatsächlich auch uns ein besseres Bild über die Situation der Frauen in unserer Stadt machen. Von dem her unterstützen wir diesen Wunsch der KAL ausdrücklich.

Anders dieser Antrag, dazu habe ich mich bereits positioniert. Wir lehnen jegliche kommunale Infrastruktur für ein Prostitutionsgewerbe entschieden ab. Der Straßenstrich ist aus unserer Sicht immer Elend. Wir brauchen hier eine andere Gesetzgebung. Dafür sind wir nicht zuständig, das ist mir völlig klar, deswegen belasse ich es an der Stelle dabei, aber aus unserer Sicht wird ein schöner Anstrich daran nichts ändern. Jetzt hat der Kollege gesagt, der Punkt b) steht nicht mehr zur Abstimmung, aber Punkt d) beispielsweise schon. Auch kommunale Kondomautomaten sehen wir nicht als unsere Aufgabe. Wir fänden es auch ein fatales Signal, wenn wir hier quasi uns zu stark mitmischen in diesem Bereich. Anlass ist, Beratungsstellen ordentlich auszustatten, damit die helfen können, damit die Kondome verteilen und Arbeit leisten und wirklich niederschwellig Hilfestellung geben können. Als SPD-Fraktion fordern wir ausdrücklich eine Ausweitung der Sperrbezirke. Die geltende Sperrbezirksregelung wurde bereits von der Verwaltung erwähnt, wird auch immer wieder diskutiert. Hier wollen wir uns aktiv der Forderung auch der Bürgerinitiative in Durlach anschließen, diesen Bereich tatsächlich auszuweiten und werden uns aktiv auch dafür einsetzen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Liebe Kollegin Fahringer, wir sind uns in vielen Punkten sehr einig. Aber ich muss sagen, in dem Thema kann ich es nicht nachvollziehen, dass man gerade eine der prekärsten und schlimmsten Formen der Prostitution an dieser Stelle als selbstbestimmt und freiheitlich darstellt. Ich denke, eine Beschäftigung ohne Krankenversicherung in einer wahnsinnig gesundheitsschädlichen Umgebung, eine die auch Gewalt viel eher ausgesetzt ist, ist sicherlich keine, die man freiwillig und fröhlich wählt, weil man halt so selbstbestimmt ist, sondern das macht man aus wirklich bitterer Armut und bitterer Not. Deswegen kann ich das hier nicht nachvollziehen. Prostitution ist ein System von Männern, für Männern, von denen Männer profitieren, aber sicherlich nicht die Frauen in ausreichend finanzieller Weise. Deswegen kann ich das an dieser Stelle gar nicht nachvollziehen, und deswegen kann ich auch nicht mitgehen mit Maßnahmen, die diesen Männern ein Gefühl vermitteln, dass sie ein irgendwie gearteten menschenwürdigen Straßenstrich haben mit irgendwelchen Verrichtungsboxen, das finde ich absolut ablehnungswert.

Das Thema Kondomautomaten für die Betroffenen finde ich dann wieder doch etwas, was man unterstützen kann, weil das den Leuten hilft. Ich bin definitiv gegen jegliche Stigmatisierung der Betroffenen. Deswegen Thema Kondomautomaten oder auch Aufenthaltsorte vor Ort, an denen sich die Betroffenen aufwärmen können, wo sie auch niedrigschwellige Gesundheitsversorgung kriegen, ist etwas. Das müssen wir permanent im Auge behalten. Dafür haben wir diese Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz, die auch genau die Fachleute und die Aktiven zusammen an einen Tisch bringt. Ich glaube, das sind auch die wichtigen Akteure an dieser Stelle. Es ist gut, dass wir als Gemeinderät\*innen auch immer wieder dabei sind. Es ist gut, dass die Verwaltung dabei ist. Aber da ist diese Expertise, wo wir uns angucken, was die Betroffenen an dieser Stelle brauchen, wie wir ihre Situation besser machen können, aber nicht irgendwelchen Käufern ein gutes Gefühl vermitteln.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich habe Frau Fahringer viel mehr differenziert verstanden, als Frau Göttel das verstanden hat. Ich könnte eigentlich keine bessere Rede halten, als Frau Fahringer gehalten hat. Ich teile Ihre Meinung, und wir lehnen den Antrag von KAL ab.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich möchte noch mal ganz kurz auf den Wortbeitrag von Frau Melchien und sicher teilweise auch von Frau Fahringer eingehen. Ich möchte

gerade die beiden Parteienvertreterinnen daran erinnern, dass es die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder und Fischer waren, die dieses neue Prostituiertengesetz auf den Weg gebracht haben mit einer rot-grünen Mehrheit im Bundestag, und dadurch letztendlich, das ist kein Begriff von mir, Deutschland zum größten Bordell Europas gemacht haben. Das sind einfach die Fakten. Jetzt sehe ich hier in der Stadt Karlsruhe, dass es Gruppen gibt, die sich um Prostituierte kümmern, die in Laufhäusern oder Bordellen sind und Gruppen, die sich insbesondere um Frauen kümmern, die auf der Straße stehen.

Ein kurzer Seitensatz, Frau Fahringer, Sie sagen, es wäre besser, wenn die Frauen in die Bordelle gehen und in Laufhäusern. Warum machen das viele nicht? Einmal, weil sie das finanziell gar nicht leisten können. Sie müssen ca. 100 Euro am Tag bezahlen, müssen feste Verträge, Mietverträge eingehen in den Häusern. Das heißt, sie sind gezwungen sozusagen, jeden Tag die Miete, in Anführungszeichen, zu erwirtschaften. Von daher gehen viele Frauen, die auch gar nicht unbedingt jeden Tag auf der Straße stehen, auf den Strich gehen, nicht in solche Häuser, nicht in Laufhäuser oder Bordell oder wie immer die Etablissements heißen.

Jetzt nochmal zurück, es ist eine Gruppe aus dieser Fachgruppe, eben Luise, die diese Fragebögen zusammen mit den Straßenprostituierten gemacht haben. Und von daher kam der Wunsch. Da verstehe ich dann nicht, dass man hier das nicht unterstützt. Letztendlich haben wir unseren Antrag auch nochmal präzisiert. Den Punkt 2 mit den Verrichtungsboxen haben wir herausgenommen, weil uns schon klar ist, dass Sie sich überhaupt nicht in die Richtung bewegen können für Kondomautomaten oder für mehr Licht an den Plätzen, einfach auch zur Sicherheit. Das verstehe ich nicht, dass Sie sowas nicht mittragen können. Für mich kommt es so ein bisschen an, Frau Fahringer, hier wird auch noch mal unterschieden. Es gibt Frauen 1. Klasse, und es gibt Frauen 2. und 3. Klasse. Das wundert mich, dass das, wenn man es durchdekliniert, durchdenkt, so von Ihnen benannt wird.

**Stadträtin Lorenz (FW|FÜR):** So ein letzter Antrag vor Weihnachten, die Kollegin hat es gerade neben mir erwähnt, da hätten wir den Glühwein eigentlich zum Ende der Sitzung hier im Ratssaal gebraucht, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Ich bin ein bisschen verwundert über den Antrag der KAL, zumal der Kollege Cramer auch mit an diesem runden Tisch sitzt und auch die Beratungsstelle und die Polizei uns das da ganz eindeutig erklärt hat. Es ist so, er hat es zum Schluss angeführt, die Frauen, die auf den Straßenstrich gehen entscheiden sich bewusst dafür, weil sie diese Kosten in einem Laufhaus, Bordell oder Wohnung oder wo sonst auch immer, die anfallen für Strom, Dusche und Annehmlichkeiten, nicht tragen wollen, weil sie vielleicht auch einmal sagen, morgen arbeite ich einen Tag nicht, dann muss ich aber keine Miete zahlen. Es ist eine bewusste Entscheidung. Dass der Straßenstrich zehn Monate im Jahr nicht schön ist, wenn das Wetter kalt und regnerisch und sonst wie irgendwas ist, das ist uns allen klar. Aber ich frage mich auch, wenn die sich bewusst entscheiden, auf die Straße zu gehen, warum soll dann der Steuerzahler im Prinzip diese Annehmlichkeiten zahlen, für die die anderen eigentlich zahlen? Das muss man ganz nüchtern so sehen. Ich kann auch nicht verstehen, ich weiß nicht, Kollege Cramer, vielleicht machen Sie zu Hause bei sich die Scheinwerfer an, wenn Sie im Schlafzimmer unterwegs sind, keine Ahnung. Ich gehe nehme aber an, dass die Frauen das nicht so sehr beleuchtet haben wollen. Ich glaube auch nicht, dass Mülleimer und Kondomautomaten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen beitragen, sondern höchstens zu den Menschen, die tagsüber unterwegs sind oder die da wohnen und die natürlich an den Hinterlassenschaften vorbeilaufen. Wir lehnen den Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abarbeitung des Antrags. Zum einen, Herr Cramer, sagen wir Ihnen diese Berichterstattung im Sozialausschuss zu, und wir können es gerne auch noch bei anderer Gelegenheit natürlich jederzeit diskutieren.

Wir kommen damit zur Ziffer 1 und da den Buchstaben a9, Schaffung eines sicheren Aufenthaltsortes und, und, und. Wenn Sie das jetzt ablehnen sollten, würden wir natürlich trotzdem das Beratungsangebot weiterlaufen lassen, das ist logisch. Da bitte ich jetzt um Ihre Abstimmung ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Ich komme zum Buchstaben c), zum Schutz der dort Arbeitenden ausreichend beleuchteter und sauberer Straßen Prostitutionsbereich, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Auch das ist mehrheitliche Ablehnung.

Und dann kommen wir zu d). Da geht es um ausreichend Mülleimer und Kondomautomaten. Wir würden natürlich die Mülleimer, die da schon stehen, stehen lassen und gegebenenfalls auch nachrüsten. Das ist klar, nur dass es hier nicht so pauschal wahrgenommen würde. Das stellen wir jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Auch das ist mehrheitliche Ablehnung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
8. Januar 2024